

**M B I****MBI****An die Freund/innen und
Förderer der MBI-Arbeit
und an alle Interessierte**

21 Monate sind seit der letzten Kommunalwahl vergangen, über 3 Jahre bis zur nächsten stehen noch bevor, erfahrungsgemäß kommt also jetzt die Zeit, in der herrschenden Parteien massiv versuchen, ihre Hauptanliegen umzusetzen, oft auch ohne Rücksicht auf Verluste. Die Wahlversprechen vor der letzten Wahl sind zumeist vergessen und die nächsten Wahlen noch weit genug weg, so dass die ein oder andere Peinlichkeit bis dahin wieder vergessen ist. Diese "Logik" demokratischer Parteien hat in Mülheim aber 2 Pferdefüße bekommen, von denen die Parteien sich bedroht fühlen, während WAZ und NRZ sich zu regelrechten Propagandakampagnen genötigt sahen: 1. der bereits erfolgreiche Bürgerentscheid gegen weitere Privatisierungen und 2.) das Bürgerbegehren zum Schutz der Ostruhranlagen, das zwar fadenscheinig auf die gerichtliche Schiene verschoben wurde, aber wie ein Damokles-Schwert über dem "Mölmischen Hofe" und seinen Hofberichterstattem schwebt!

Kleine MBI-Zwischenbilanz zum Sommer 2006:**"Mülheim - Quo vadis?"**

Die MBI wurden bei der Kommunalwahl 2004 mit 7200 Stimmen und 10,3% drittstärkste politische Kraft. SPD und CDU, zusammen über 10.000 Stimmen Verlust, schlossen sich sofort danach zur Großen Koalition zusammen und versuchten, den weiteren Wahlverlierer FDP, häufig auch die Grünen, mit ins Boot zu nehmen zu einer Art "staatstragenden" Einheitspartei, die fast alles abnickt, was die Verwaltung vorlegt. Zusätzlich wurden etliche Lenkungsgruppen u.ä. gebildet, in denen alles vorgemuschelt wurde oder werden sollte. Die demokratischen Gremien aber wurden zusehends zur Farce. Keine, nichtssagende oder wissentlich falsche Antworten von Dezernenten und Amtsleitern auf MBI-Fragen machten Rat- und Ausschusssitzungen häufig zu Veranstaltungen, die menschlich schwer zu ertragen sind und politisch an "Kasperletheater" erinnerten.

Die Quasi-"Einheitspartei" versuchte Pflöcke einzuschlagen für ihr Sammelsurium mit Kunstnamen Ruhrbania, hauptsächlich aber für die geplante Flaniermeile in den Ostruhranlagen. SPD/CDU versuchten, ihre verabredeten Pöstchen schnell zu verteilen und veranstalt(et)en dabei ein Pöstchenkarussell ohnegleichen.

In vielen Punkten aber wurden sie von den Realitäten eingeholt und überholt: Schwindelerregendes Haushaltsdesaster, anhaltende Widerwille vieler Mülheimer /innen, Ruhrbania toll zu finden, der geplatze Wunschtraum, durch Hartz IV im Optionsmodell die Stadtkasse aufzufüllen, der riesige, sich auftürmende Sanierungsstau an Schulen und Sportstätten, vergessene Bergbaufolgeschäden enormen Ausmaßes wie an der Mühlenstraße und, und, und



Daneben ziehen schwere Gewitterwolken auf bedingt durch Zuschusskürzungen von Land und Bund (Nahverkehr, Hartz IV, Jugendeinrichtungen usw.), sowie Schließungen kirchlicher Einrichtungen. Gleichzeitig und unabhängig davon müsste Erdbebenwarnung höchster Stufe wegen dem selbst erzeugten Chaos vor Ort ausgerufen werden: Großbaustelle Innenstadt, Umzug Rathaussteile in den SWB-Turm, Umzug Bürgeramt in ex-Möbel-Nohlen, Umzug Bücherei in das Medienzentrum (das im heutigen Bürgeramt noch entstehen muss), das zu erwartende finanzielle Desaster der MVG (weniger Zuschüsse vom Land, mehr Zuschüsse von der Stadt für Reparatur 901 und Steuernachzahlung medl), explodierende Kassenkreditvolumen und immer abenteuerlichere Finanzierungsmodelle wie Derivate oder Forfaitierung, MST, M&B, MEG als Fässer ohne Boden, die MST dabei im freien Fall, und alles noch lange vor Ruhrbania!
Es gibt keine wirkliche Alternative mehr zu den seit längerem aufgestellten MBI-Forderungen:

"Mehr Transparenz und Bürgernähe" und "Ruhrstadt statt Ruhrbania!"

Demokratie auf Mölmsche Art Irgendwo zwischen Demokratie, Demophobie und Chaos?

Das Exempel Semmelweisstraße: Wenn die gewählten Volksvertreter nicht abstimmen wie die Verwaltung es will, dann wird der Beschluss vom Rechtsamt für unrechtmäßig erklärt und die OB hält ihn an. So jedenfalls geschehen zu der für die Zukunft unserer Stadt enorm wichtigen Frage, ob bei der wenig befahrenen Anliegerstr. ein Deckenüberzug ausreicht oder ob die Straße aufwendig neu hergerichtet werden muss. Doch die Bezirkserreter, die zu der Sache bereits einmal zu Hampelmännern und -frauen gemacht wurden, blieben bei ihrem bereits zweimaligen Beschluss. Dann wollte auch der Rat den BV-Beschluss nicht für ungültig erklären. Soll das nun der RP tun? Mein Gott, wie peinlich: **als hätte die Stadt sonst keine Probleme!**

Beispiel Bürgerversammlung Verkehrsberuhigung Altstadt:

Vorgeschichte: Der Verein „Pro Altstadt“ führte im Frühjahr 2005 eine breit angelegte Befragung der Altstadtbewohner zur Verkehrssituation in der Altstadt durch mit sehr großer Resonanz. Es gab 100%ige Zustimmung für eine verkehrsberuhigte Zone. Auch zum Thema Anwohnerparken gab es sehr große Zustimmung. Pro Altstadt teilte diese Ergebnisse der Verwaltung und allen Fraktionen mit.

Im Mai 05 wurde eine Bürgerversammlung, möglichst noch im Juni/Juli 2005, beschlossen, auf der die Umsetzung der o.g. Ziele vorgestellt werden sollte. Im Planungsausschuss am 31.5.05 erklärte Dezernentin Sander aber, dass die Bürgerversammlung frühestens im Herbst 2005 stattfinden könne. Nachdem MBI und/oder CDU Sitzung für Sitzung in Bezirksvertretung und Planungsausschuss nachfragten, wann endlich der Beschluss zur Bürgerversammlung umgesetzt werde, gab es nach vielfältiger Vertröstung im Planungsausschuss am 4. April, als die MBI sogar eine offizielle Anfrage gestellt hatten und dies notgedrungen zum TOP geworden war, ein Termin: Bürgerversammlung am 23. Mai, wo stand noch nicht fest. Auf erneute Nachfrage in der BV 1 am 2.5. kam die Auskunft, diese Bürgerversammlung sei auf unbestimmte Zeit verschoben. Im Planungsausschuss am 9.5. gab es einen neuen Termin, den 19. Juni. Anfang Juni waren aber Raum und Zeit noch nicht festgemacht! Kurzfristig nun die Bürgerversammlung am 19. Juni um 19 Uhr in der Realschule Stadtmitte. **Noch Fragen?**

Beispiel Bürgerversammlung zum geplanten interkommunalen Gewerbegebiet am Flughafen:

Erst wurde letztes Jahr ein unnötiger Wettbewerb für das geplante Gewerbegebiet Brunshofstr. am Flughafen durchgeführt für immerhin über 80.000 Euro. Dann wurde der Bebauungsplan eingeleitet, ohne aber auch dabei zu sagen, was man denn genau will und die Vermutung liegt nahe, dass der von der OB heiß ersehnte Flughafenausbau durch die Hintertür von flugaffinem Gewerbe an der Brunshofstr. notwendig gemacht werden sollte. Jetzt hat aber die OB mit SPD und FDP nur 24 von 53 Stimmen im Rat. Also sollte über die sog. "kleine Düse im Probetrieb" über den Düsseldorfer Umweg von RP Büssow und Minister Wittke schon einmal Fakten auch gegen Wahlergebnisse geschaffen werden. Dann stellte sich das alles als rechtswidrig dar (anders als ein Deckenüberzug der Semmelweisstraße!). Im März hatte man angekündigt, dass die im B-Planverfahren vorgeschriebene Bürgerversammlung zu dem Gewerbegebiet am Flughafen Ende Mai stattfinden werde. Anfang Mai erfuhren dann die Bezirksvertreter auf Nachfrage, dass auch diese Bürgerversammlung auf unbestimmte Zeit verschoben wurde. **Immer noch Fragen?**

Fazit: Entweder sind die Regierenden in unserer Stadt von einer Art Demophobie ("Angst vor dem Volk") befallen oder sie haben für alles außer Ruhrbania jeglichen Plan verloren oder aber sie sind besonders listig und versuchen, jetzt schnell eine Entscheidung nach der anderen auch gegen die Bevölkerung und auch gegen gewählte Mehrheiten umzusetzen (das Berlusconi-Syndrom).

In jedem Fall aber geht einiges in unserer Stadt schlichtweg drunter und drüber!

Aus der gleichen Serie von Demophobie aus Schilda an der Ruhr: Bürgerbegehren zum Schutz der Ostruhnanlagen fadenscheinig zum Gericht verschoben, Abwassergebühren, Gaspreise (vgl. letzte Seite), Ausbau Duisburger Str. und Linie 901 verpennt, Weihnachtsmarkt verbummelt, Adventsmärkte systematisch verhindert uswuf. WM ohne Fair Play - zumindest in Mülheim ? (NRZ)



Mülheim ohne und mit Ruhrbania (nach rechts die geschöneren Fassungen)



Die Weisheit der Dakota-Indianer und der (Alb)Traum Ruhrbania

**Ostruهرانlagen vom Landeskonservator unter Denkmalschutz gestellt!
Ruhrbania damit mausetot? Leider noch nicht, Stadt bleibt vorerst uneinsichtig!**

Die Stellungnahmen der Behörden und Träger öffentlicher Belange zu dem Bebauungsplan „Ruhrpromenade -Innenstadt 31“ (Ruhrbania) zeigen, dass die Argumente von MBI und der Bürgerinitiative "Schutz der Ostruهرانlagen" von vielen Seiten geteilt und unterstützt werden.

Wenn nämlich

- * die IHK sehr deutlich eine Schließung der Ruhrstraße als Fehler ansieht,
- * IHK und SWB Angst um die Existenz bestehender Gaststätten und Geschäfte auflisten,
- * das Staatliche Umweltamt nicht nur dem geplanten „Tor zur Stadt“ - ein 10stöckiges Hochhaus an der Nordbrücke u.a. für Wohnungen - und dem geplanten Wohnraum im Stadtbadgebäude Untauglichkeit wegen des Lärms und absehbarer Nutzungskonflikte bescheinigt, sondern auch noch Bedenken wegen Hochwasserschutz ("hochwassersensibler Bereich“) und Vorbehalte zum angedachten Hafenbecken anmeldet,
- * verschiedene Versorger wie RWW, med1, RWE, Telekom bereits jetzt schon deutlich machen, dass erhebliche Umlegungsmaßnahmen ihrer Versorgungsleitungen bei Entwidmung der Ruhrstr. anstehen, denen sie nur zustimmen, wenn alle Kosten von den „Begünstigten“ getragen werden,
- * bzgl. Altlasten, Bergbaufolgen oder möglichem Fließsand Überraschungen und Zusatzkosten nicht ausgeschlossen werden können,
- * selbst der Umweltbericht aus dem eigenen Hause erhebliche und massive Auswirkungen für nahezu alle Schutzgüter bestätigen muss, - z.B. Verlust eines Großteils des Gehölzbestands, zusätzliche Versiegelung und Einschränkung der Versickerungsrate im hochwassersensiblen Bereich, Verlust der bioklimatischen Funktion der Ostruهرانlagen mit Beeinträchtigung auch des Stadtklimas, Verlust einer landschaftsästhetisch bedeutsamen Fläche („Gesicht“ der Stadt), Verlust von Natur- und Kulturdenkmälern - und ein erhebliches Kompensationsdefizit von 2,5 ha neuer Waldanpflanzung(!) ermittelt selbst für den Fall, wenn alle irgendwie möglichen Ausgleichsmaßnahmen im Plangebiet selbst (Grünstreifen parallel zur Ruhr, Erhalt Naturdenkmal und mehr Bäume auf der geplanten Promenade) durchgeführt würden,
- * der Landeskonservator die Ostruهرانlagen als "bedeutend für die Geschichte des Menschen" bewertet und noch im April unter Denkmalschutz stellte, weil "erhaltenswert aus wissenschaftlichen, besonders gartenarchitektur-, stadt- und sozialgeschichtlichen Gründen",

dann wird deutlich,

dass die Realisierbarkeit der Ruhrpromenade selbst unabhängig von der allerheikelsten Frage, der Finanzierung, an einem sehr dünnen Faden hängt!

Die Stadt aber schiebt alle Bedenken beiseite, z.B. zum Landeskonservator: „Die kulturhistorische Bedeutung der Ostruهرانlagen lässt sich weder durch gestalterische Bedeutung oder städtebauliche Maßnahmen innerhalb bewahren, noch außerhalb der Parkanlage wieder herstellen. Durch die Auflösung der Ostruهرانlagen wird die Möglichkeit gesehen, die ursprüngliche Polarität der beiden Ruhrseiten mit neuem Bewusstsein zu beleben.“ Sie bescheinigt also dem Landeskonservator, vom Denkmalschutz keine Ahnung zu haben.

Es wird einfach weitergemacht, es werden weiter Gelder zum Fenster hinaus geworfen!

Kalkar läßt grüßen und der Metrorapid winkt hinterher!

OB und Pro-Ruhrbania-Parteien sollten zu Ruhrbania einer Weisheit der Dakota-Indianer folgen:

“Wenn Du merkst, daß Du ein totes Pferd reitest, steig ab.”

**Ost-Ruهرانlagen:
Lasst die Bürger
entscheiden!**

MBI

Die Medl muss die Gaspreise senken!

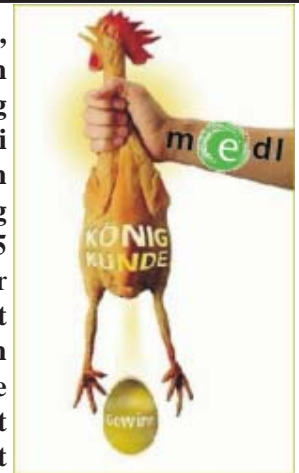
gaspreise-**runter**-mh
BürgerInitiative

Das Landgericht Bremen hat im Mai die letzten 4 Gaspreiserhöhungen des Bremer Gasversorgers SWB um insgesamt 33% für unwirksam erklärt, weil die Preisanpassungsklauseln nicht nachvollziehbare Gaspreiserhöhungen zuließen. Pauschale Verweise auf Änderungen der Einkaufspreise reichen nicht aus.

Auch die medl verwendet pauschale Preisanpassungsklauseln. Diese sind sogar noch weniger nachvollziehbar als in Bremen. Die medl hat zusätzlich die **Billigkeit ihrer letzten 4 Gaspreiserhöhungen bisher nicht nachgewiesen, denn nach § 315 BGB unterliegen Gaspreise dem Gebot der Billigkeit.** Das dürfte der Medl sehr schwer fallen, sind sie außerdem auch noch ins Visier der Landeskartellbehörde geraten, weil sie nach sage und schreibe **48%-Erhöhung seit Okt. 2004 jetzt deutlich über dem Landesdurchschnitt liegen!** MEDL-Geschäftsführer Bachmann behauptete zwar in der Aktuellen Stunde (WDR), Gaspreissenkungen, seien Augenwischerei, weil im Herbst oder Winter sowieso wieder erhöht würde. Der Herr vom Kartellamt aber sagte mehr als deutlich, dass die medl-Preise gesenkt werden müssen.

Die Mülheimer Gaspreiserhöhungen der letzten eineinhalb Jahre waren von allen Seiten betrachtet zu viel des Guten und sie werden gerichtlich kaum durchzuhalten sein! Wer dennoch die medl-Forderungen bei der kommenden Jahresrechnung zahlt, dem ist nicht zu helfen, denn von selbst wird er nichts zurückerhalten, auch wenn alle Gerichte die Preise als unerlaubt überhöht festgestellt haben werden!

Allen medl-Gaskunden muss man aus all den Gründen heraus dringend raten, spätestens jetzt Widerspruch gegen zumindestens die letzten beiden Preiserhöhungen zum 1.11.05 und 1.2.06 einzulegen und die Einzugsermächtigung zurückzuziehen. Bei der medl-Jahresabrechnung 2006, die Ende Juni/Anfang Juli kommt, sollte man nur die Preise von Oktober 2005 akzeptieren und den Jahresgesamtpreis selbst berechnen, indem man den auf der medl-Rechnung angegebenen Gesamtverbrauch (in Kwh) mit dem alten Netto-Preis bis 31.10.05 multipliziert (z.B. bei "Behaglich Warm" 3,92 Cents/Kwh anstatt 4,52 und ab 1.2.06 gar 4,90 - Okt. 04 war es übrigens noch 3,32Ct/Kwh), den Gesamtgrundpreis hinzurechnet und dann die 16%-Mehrwertsteuer dazu addiert. Wenn man das Ergebnis durch 12 teilt, erhält man den gekürzten neuen monatlichen Abschlag. Da der zu zahlende Betrag der medl den nächsten Abschlag mit enthält, vergleiche man den selbst errechneten Jahresgesamtpreis mit den Forderungen der medl und zahlt entsprechend weniger. Auf jeden Fall der medl die eigenen Rechnungen mitteilen und ihr vorrechnen, welchen Jahresgesamtpreis man akzeptiert, genauso welchen entsprechenden monatlichen Abschlag.



Auch wenn Gaskunden derart kürzen, darf die medl Ihnen weder Mahngebühren berechnen, noch mit Gassperrung drohen. Das hat die medl im letzten Jahr alles ausprobiert, doch musste sie schließlich klein beigeben, weil es, gerichtlich durch alle Instanzen ausgeurteilt, verboten ist. Die medl darf das einbehaltene Geld nur einklagen, doch scheut sie sich bisher davor wie der Teufel vorm Weihwasser, denn dann müsste sie gemäß § 315 BGB ihre Kalkulationen offenlegen. Zudem sind die Ermittlungsergebnisse des Landeskartellamts bereits Beweis, dass zumindest die letzten beiden Preiserhöhungen unbillig waren.

Selbst wenn die medl wegen des Drucks durch die Kartellbehörde ihre Gaspreise ab Juli wieder senkt, erhält außerdem niemand nachträglich sein Geld für die überhöhten Preise zurück, auch nicht, wenn er nur unter Vorbehalt gezahlt hat. Wer das überzahlte bzw. zu viel berechnete Geld nicht einbehält, bekommt es nach allen Mülheimer Erfahrungen, siehe Abwasser, auch nicht zurück, selbst wenn andere Gaskunden vor Gericht gewinnen würden!

Die MBI können nur daran erinnern, dass die entstandene Problemlage hätte vermieden werden können, wenn die Mülheimer Politik den MBI-Anträgen aus Sept. 05 und Jan. 06 zugestimmt hätten, nämlich auf die erneuten Preiserhöhungen zu verzichten. Wenn man sich zudem an die peinliche Situation erinnert, als Frau Mühlenfeld wegen des Gaspreisprotests ob der medl-Erhöhung, die sich kurz später als unrechtmäßig erwies, den Saal räumen ließ und CDU-Heidrich noch pöbelte

**Nötig wie nie – MBI! Für Fairness, Transparenz und echte Bürgerbeteiligung!
Für eine nachhaltige Stadtentwicklung: sozial, ökologisch und finanziell!**